















Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. April 1913.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück, Staatssekretär Hüß.

Vorher Dr. Kempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 4 Min. Die General-Diskussion über die Vorlage betreffend den einmaligen außerordentlichen Mehrlauf der Einkommensteuer...

Herr v. Bauer (Sozialf.) sprach über die Vorlage. Er verlangte, daß Mehr- und Deckungsvorlagen gleichzeitig verabschiedet werden. Die einheitliche Aufstellung gegenüber der Notwendigkeit der Mehrvorlage werden wir prinzipiell nicht stören...

Wiederbringung der Erbschaftsteuer.

Wir werden den Parteien Gelegenheit geben, zu diesem Vorlage Stellung zu nehmen. Eine solche Steuer muß natürlich so gestaltet sein, daß sie den Anforderungen einer Besteuerung entspricht. Wenn sich für die Erbschaftsteuer eine Mehrheit fände, so bedürfte es nur einer Demonstration der Höhe, was herauszugeben, was die vererbten Vermögensgegenstände aufbringen...

Kombination zwischen Vermögens- und Einkommensteuer.

Man darf die großen Einkommen nicht frei lassen, man muß mit der Grenze herübergehen, um die Vermögensgrenze herausheben zu können. Auf jeden Fall muß eine Doppelbesteuerung vermeiden werden. Deshalb ist es unerträglich, die Einkommensteuer doppelt zu besteuern...

Herr Reichert v. Camp (Nst.).

Ich hoffe, daß die Kommissionenberatungen dazu führen werden, daß die Steuer der Vorlage in einem großen Teil ihrer Vorteile zurückfällt. Der Mehrbeitrag ist eine allgemeine Besteuerung, und deshalb hat die Regierung ihre Zulage erfüllt. Wir müssen aber entschiedene Verbarmung dagegen einlegen...

haben wir sehr erhebliche Bedenken. Man müßte es auch den höheren Beamten ermöglichen, zu dieser Steuer beizutragen. Die Bundesfürsten sind allerdings nach den Landesgesetzen von der Steuer befreit. Auch den Reichsgesetzten liegt es anders. Aber klar liegt die Sache nicht. Die Hauptlage ist, daß festgestellt wird, daß die Bundesfürsten sich genau denselben Bestimmungen freiwillig unterwerfen oder unterwerfen werden. Man hat sich allerdings erheblicher Wert zu legen. Eine große Stellungnahme erscheint uns mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine Kriegsteuer, um eine nationale Spende handelt, nicht gerechtfertigt...

Empfehlenswert ist es, daß die Einkommensteuer als Ganzes zu besteuern sind, und zwar nach der Bilanz des letzten Jahres. Es wäre vielleicht am richtigsten, wenn man es den Einzelstaaten überläßt, wie sie die Beiträge aufbringen wollen. Sie könnten die ihnen passende Steuer wählen, und wir hätten auf dem Boden der Verfassung, wonach Höchstbeiträge durch Matrularbeiträge aufzubringen sind. Bei der Aufbringung der Matrularbeiträge wäre es vielleicht empfehlenswert, die Einzelstaaten nicht nach der Kopfzahl, sondern nach den Einkommensverhältnissen zu berücksichtigen...

Herr Dr. Graf v. Helldorf (Nst.) sprach über die Vorlage. Nach der bisherigen Debatte wird die Mehrvorlage durchgehen und es besteht die ernste Aussicht, daß die Deckungsvorlage Hand in Hand damit ergeht. Ich bin auch der Meinung, daß es gerecht ist, wenn die Rollen dieser Vorlage von den bestehenden Klassen getragen werden, obwohl es auf die Dauer und bei den nachfolgenden Schritten nicht abgehen wird...

das Familienvermögen entzogen werden, und das ist eine große Härte (Schlußwort rechts). In den Motiven sieht es liegen sich wesentlich höhere Erträge erzielen, wenn die Einziehung des vererbten Vermögens der Erben aus der Verwandten zweiter Linie ausgedehnt würde. Das glaube ich. (Große Heiterkeit). Es wird hinzugefügt, das wolle man aber nicht. Nun, Regierungen weichen, ich bin ein lebendiges Beispiel dafür. (Große Heiterkeit). Eine andere Regierung hat leicht die jetzigen großen Bedenken hinweggeschoben und auf die zweite Verwandtschaftsreihe zurückgegriffen, inwiefern auf die Geschwister. In dem Gesamtertrag liegt ein so tiefer Einriff in das Familienvermögen, daß das Familienvermögen, das man ihm nicht folgen sollte. Ich bin, was man man den bestehenden Klassen auferlegen kann, hat seine Grenzen, wenn man den Einriff für Sparameist nicht ernstlich gefährden will. Wir werden, was zur Sicherheit des Staates notwendig ist, unbedingt bewilligen und bezahlen müssen. Aber das Korrelat dieser Opferbereitschaft ist...

äußerer Sparameist der Staatsverwaltung. Die immer neuen Vorken sind vielleicht für diejenigen, die neu erwerben können, nicht so drückend, dagegen für die, die ihr Einkommen nicht steigern können. Die Regierung sollte deshalb alles unterlassen, was nicht unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig und Beifall). Ich hoffe, daß jetzt, wo 100 Jahre verstrichen sind, und wir fortgesetzt die großen Zeit einmühen werden, wir wieder zu dem Prinzip der damaligen Zeit zurückkehren und überall Sparameist üben, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. (Beifall).

Staatssekretär des Reichshausmars: Herr Dr. Herr Vorredner hat sich mit besonderer Entschiedenheit gegen den Entwurf über das Erbrecht des Staates gemahnt. Soweit er Gründe dagegen im einzelnen angeführt hat, werden sie selbstverständlich geprüft und soweit wie möglich berücksichtigt werden. Er hat namentlich die Form getadelt, in die die Vorlage begründet worden ist. Die Begründung gibt tatsächlich kein Vorbild des heutigen Familienrechts. Den Einrichtungen kann darüber die Spitze abgebrochen werden, indem ich dazu hinzufüge, daß diese Begründung nicht nur ist, sondern genau so lautet, wie die, die dem Kaiser schon in den Jahren 1908 und 1909 vorgelegt worden ist. Es ist nur die Befestigung einer Last, die genau in anderen Ländern wie bei uns vorhanden ist und nichts Verlegendes für das deutsche Volk hat. Der Herr Vorredner hat dann weiter ausgeführt, daß es nach dieser Begründung nicht unannehmlich wäre, daß man auf dem Wege weiter fortgeschritten und schließlich das Erbrecht beseitigen würde. Der Gesetzentwurf von 1908 geht in...

dieser Beziehung weiter, als der von 1909. Man kann also, wenn man die Dinge genauer prüft, konstatieren, daß in der Aufassung sogar eine rückläufige Bewegung eingetreten ist. Man kann hierbei nur sagen, es ist ja selbstverständlich, wer vieles nimmt, wird jedem etwas nehmen. (Sehr richtig.) Die gemachten Bemerkungen überlegen sich also von selbst.

Herr Emmel (Soz.): Die liberalen Parteien scheinen ja, soweit sie zu denen um Payer gehören, an den Verpfändungen bezüglich der Vermögensgegenstände, die dem Volke gemacht worden sind; etwas zweifelhaft ist es schon bei den Nationalliberalen, die sich 1909 weit energischer auf das Programm der Reichserbschaftsteuer oder Vermögenssteuer erklärt haben, als es geteilt Herr Payer tat. Er wollte sich nicht „falschen“. Wir Sozialdemokraten sind die alleinigen grundsätzlichen Gegner indirekter Steuern hier im Hause; wir haben alle Ursache, für eine endliche Entlastung der Arbeiter einzutreten. Die Verordnungen können wir selbstverständlich ab und beteiligen uns nur an der Deckungsvorlage, wenn die Annahme der Mehrvorlage feststeht. Dabei wollen wir dahin wirken, daß die Kosten nur von den Besitzenden aufzubringen sind. Die Warnung, daß bald neue Steuern gefordert werden könnten, beachten wir doch, daß wir durch diese Vorlage abnehmen. Die Arbeiter tragen ohnehin schon durch ihre Arbeit zu den Lasten des Reiches bei. Deshalb erheben wir Einspruch gegen die etwaige Vermeidung der Indirekter. Daß die Vorken, die sich bis jetzt von Steuern gedrückt haben, an dem Mehrbeitrag teilnehmen, ist selbstverständlich. (Vizepräsident Dr. Dove rief die vielen Ausdrück.) Eine weitere Erhöhung der Matrularbeiträge ist im Interesse der Einzelstaaten nicht gut möglich. Das vorliegende Vermögensgesetz können wir ab. Gegen die Befreiung der Vermögen der Gemeindefürsorge müssen wir protestieren. An der Einführung einer Vermögens- und Erbschaftsteuer mitunterstützen, sind wir bereit.

Herr v. Helldorf (Nst.) sprach über die Vorlage. Die Auffassung eines Kriegsteuernetzes wird zwar den Soldaten der Reichskasse schaden und auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Einfluß ausüben, aber die Schädigungen werden nicht so groß sein, wie die Sozialdemokraten befürchten. Unsere Stellung zur Erbschaftsteuer liegt klar zutage. Wir wollen unter allen Umständen diese oder eine direkte Reichserbschaftsteuer, eventuell beide Steuerarten zusammen. Auf eine bestimmte Art kapitulieren wir uns nicht. Wir wollen aber den bundesstaatlichen Charakter erhalten und die Einzelstaaten fördern. Der Mehrbeitrag ist uns insofern unannehmlich, Härten müssen aber vermieden werden. Die untere Grenze von 10 000 Mark halten wir für berechtigt, sofern der Jenft noch ein anderwertiges Einkommen hat. Das Erbrecht des Reiches müssen wir möglichst auszubauen, unter Vermeidung von Härten. (Beifall).

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 11. April 1913.

Am Regierungstische: Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz, Präsident Dr. Graf v. Spreti-Dönitz eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Die Beratung des Kultussetzes wurde bei den dauernden Ausgängen für das Elementarunterrichtswesen fortgesetzt.

Bei den Ausgängen für das Taubstummen- und Blindenwesen bemerkte Herr Preller (Zentr.):

Bei den schließlichen Taubstummenausstellungen ist ein Mißstand vorhanden, der die Beteiligten in außerordentlichem Maße bedrückt, das ist die Stellung der Taubstummenlehrer. Ich bitte die Staatsregierung, dahin einzutreten, daß die Provinz Schließen die erforderlichen Garantien leistet, die formale Erklärung abgibt, daß sie für Gehalt, Aufgehalt und Wirtinnen- und Wirtinnengehalt der schließlichen Taubstummenlehrer eintritt, damit Ruhe und Zufriedenheit in die Kreise der schließlichen Taubstummenlehrer einzieht. Zum Kapitel „Jugendpflege“ bemerkte Herr v. Helldorf (Nst.):

Seit Jahren spielt die Jugendpflege eine große Rolle und hat im Volke ein großes Echo gefunden. Die Sozialdemokratie sucht die Jugend sofort in den Kampf des Klassenkampfes hineinanzuziehen. Sie soll so erbitert und ein williges Material für sie werden. Hier darf man die Sozialdemokratie nicht halten und wollen lassen. (Sehr richtig!) Man muß die Jugendpflege auch auf das geistige, das religiöse Gebiet ausdehnen, wie es die kirchliche Bewegung lehrer getan haben. Sittlichkeit und innere Weisheit, das ist der wahre Schutz im Kampfe gegen die Verführung des Lebens. Erleichterung heißt der Staat deshalb auch mehr Mittel bereit für die weibliche Jugendpflege. Beim weiblichen Geschlecht handelt es sich ja um die künftige Hausfrau. Was wir hierfür tun, trägt zur Lösung der sozialen Frage bei. Wir helfen dabei mit, daß die Hausfrau später im Hause auf Christus und Liebe hält. Wesentlich ist allerdings die Stellung der Hamburger Lehrer in den Jugendausschüssen. Wir wollen Männer haben mit stark nationalem, christlichem Einschlag, die getragen sind von christlicher Begeisterung. Der patriotische Geist, der Preußen zum Siege geführt hat, sollte unserer Jugend niemals genommen werden. (Beifall).

Herr Reichert (Zentr.): Ich halte es für empfehlenswert, daß dem Hause eine Statistik über den Stand der Jugendpflege vorgelegt wird. Die Jugendpflege muß mehr als bisher Vorkommen werden. In der jetzigen Gestaltung der Jugendpflege, wie sie von vielen Vereinen betrieben wird, können wir nicht ein geeignetes Mittel erblicken, unsere Jugend innerlich zu kräftigen. Wir fordern vielmehr eine harmonische Ausbildung unserer der Schule entwachsenen Jugend. Deshalb geben wir unseren konfessionellen Jugendorganisationen den Vorkzug vor allen anderen Jugendorganisationen. Wir müssen uns mehr um das religiöse Leben der Jugend kümmern. Wir verdienen nicht die erfolgreiche Jugend des Jungvolkvereinsbundes und ähnlicher Vereine, aber wir müssen auch auf manche Auswüchse dieser Organisationen aufmerksam machen. Ganz besonders...

Entlastungen zum Kontenrat. Bei den Finanzrechnungen ist der Zinsfuß vor den Kurven ersenkbar. Gemäß den Industriellen, Bank- und Eisen-Anhalt, der Niedersächsischen wird erst nach dem Generalkonferenzamt getrennt.



